Cymnasium Personalratswahlen 2016: Großer Erfolg des Philologenverbandes

Etwa 13 Prozent Stimmenzuwachs an den Gymnasien – Im Schulhauptpersonalrat und den Schulbezirkspersonalräten jetzt 20 statt bisher 11 Mandate

Bei den Personalratswahlen am 12. und 13. April hat der Philologenverband ein hervorragendes Ergebnis erzielt: In den Gymnasien gewann er etwa 72 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Das bedeutet einen Zuwachs gegenüber der letzten Wahl vor vier Jahren von 13 Prozentpunkten!

Damit hat der PhVN seine bisher schon führende Position an den Gymnasien in beeindruckender Weise ausgebaut. Im Schulhauptpersonalrat (SHPR) und in den vier Schulbezirkspersonalräten (SBPR) hat er die Zahl seiner Mandate von bisher 11 auf jetzt 20 nahezu verdoppelt.

Die diesjährigen Personalratswahlen wurden entsprechend dem kürzlich novellierten Personalvertretungsgesetz erstmalig nicht mehr nach dem schulformspezifischen Fachgruppenprinzip durchgeführt. Es gab nur noch die Unterscheidung zwischen Beamten und Arbeitnehmern. Die zur Wahl stehenden Listen – neben dem PhVN die Listen der übrigen Lehrerverbände im Niedersächsischen Beamtenbund (NBB) und die der GEW – konnten daher in allen Schulformen gewählt werden.

konnte er in allen Personalräten die Zahl seiner Mandate erhöhen, ja sogar – sieht man von dem Bezirk Brauschweig ab, wo er bereits mit drei Sitzen vertreten war – verdoppeln. Selbst wenn man die Erhöhung der Sitzzahl in den genannten fünf Personalräten um 30 Prozent, nämlich von bisher jeweils 19 auf jetzt 25 berücksichtigt, steht dem eine Steigerung der Mandatszahl des PhVN um über 80 Prozent gegenüber – ohne Frage ein Riesenerfolg.

Besonders erfreulich ist, dass drei der insgesamt 20 PhVN-Mandate von Gymnasiallehrerinnen an kooperativen Gesamtschulen gewonnen wurden, was den stetig steigenden Mitgliederzahlen an den KGSen entspricht; ein weiteres Mandat erhält eine Gymnasiallehrerin aus einem beruflichen Gymnasium. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass auch an anderen Schulformen der konsequente Einsatz des Philologenverbandes für die Rechte und Belange der Lehrkräfte

So wurden für den PhVN u.a. auch an kooperativen und integrierten Gesamtschulen, an beruflichen Gymnasien, an Realschulen und Oberschulen sowie an Grundschulen Stimmen abgegeben. Bei der SHPR-Wahl, die hier als Maßstab gelten kann, erzielte der PhVN insgesamt 12.010 Stimmen gegenüber 8.378 vor vier Jahren: ein deutlicher Zuwachs.

20 statt bisher 11 Mandate für den Philologenverband

Der PhVN gewann im Schulhauptpersonalrat und in den vier Schulbezirkspersonalräten jeweils vier Mandate. Damit tigt, steht dem eine Steigerung der Mandatszahl des PhVN um über 80 Prozent an anderen gegenüber – ohne Frage ein Riesenerfolg. te Einsatz o die Rechte

Unsere Teams für Ihre Interessen

Schulhauptpersonalrat



Astrid Thielecke Eichsfeld-Gymnasium Duderstadt a.thielecke@eichsfeldgymnasium.de



Horst Audritz Gymnasium im Schloss Wolfenbüttel h.audritz@t-online.de



Michaela Reuther Kranich-Gymnasium Salzgitter michaela.reuther@ kranichgym.de



Diana Frenkel Goetheschule KGS Barsinghausen dfrenkel@gmx.de

zunehmend viel Anerkennung findet.

Im SHPR konnten der Philologenverband und die anderen NBB-Lehrerverbände 10 der 25 Sitze gewinnen (bisher: 4 von 19). Die GEW dagegen musste im Vergleich zur letzten Wahl an allen Schulformen zusammen einen Stimmenverlust von fast 10 Prozent hinnehmen (SHPR), an den Gymnasien noch deutlich mehr.

Nach dem neuen PersVG muss die Zusammensetzung der Personalräte die Zahl der weiblichen und männlichen Beschäftigten widerspiegeln, so dass die Personalräte aus etwa 30% Männern und 70% Frauen bestehen. Demnach werden die jeweils 4 Mandate für den PhVN im SHPR und in den SBPR jeweils von drei Frauen und einem Mann wahrgenommen.

Konsequentes Eintreten des PhVN für Lehrerrechte und für ein leistungsfähiges **Gymnasium anerkannt**

Das überaus eindeutige Votum an den Gymnasien für den Philologenverband ist zweifellos auf sein konsequentes Eintreten für die Rechte und Belange der Lehrkräfte zurückzuführen, eine Tatsache, die auch im politischen Raum als ein deutliches Signal wahrgenommen wird.

Eine besondere Rolle spielte dabei ohne Frage der vom PhVN durchgeführte so erfolgreiche Prozess vor dem OVG Lüneburg gegen die von der Landesregierung willkürlich verordnete Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrkräfte; denn daran wurde abermals deutlich, dass es der Philologenverband nicht hinnimmt, wenn die Landesregierung gezielt die Gymnasiallehrer benachteiligt und insgesamt Rechte von Lehrkräften verletzt.

Auch das Eintreten des PhVN für ein starkes und leistungsfähiges Gymnasium sowie gegen den von Rot-Grün systematisch betriebenen Abbau notwendiger Leistungsanforderungen in allen Schulfor-

Schulbezirkspersonalrat Braunschweig



Ortrud-Christine Rotzoll Jörg Uhlig **Neue Oberschule** Braunschweig christinerotzoll@web.de



Grotefend-Gymnasium Hann. Münden joerg.uhlig.goe@t-online.de mahadenfeldt@web.de



Martina Hadenfeldt Felix-Klein-Gymnasium Göttingen



Berit-Ann Bach Ratsgymnasium Wolfsburg bach@phvn.de

Schulbezirkspersonalrat Hannover



Barbara Schneider Ratsgymnasium Stadthagen barbaramarlene. schneider@t-online.de



Cord Wilhelm Kiel Albert-Einstein-**Gymnasium Hameln** Kiel@phvn.de



Jana Meister KGS Schule am Kanstein Salzhemmendorf janameister@gmx.net



Beatrix Grögel BBS Rinteln beatrix.groegel@ bbs-rinteln.de

Schulbezirkspersonalrat Lüneburg



Siegrid Franzki Hermann-Billung-**Gymnasium Celle** PR.Franzki@gmx.de



Wolfgang Ehlers Aue-Geest-Gymnasium ehl-std@t-online.de



Gisela Frey KGS Schneverdingen gisela.frey@kgsschneverdingen.eu



Katharina Kurze Gymnasium Osterholz-Scharmbeck kurze@phvn.de

Schulbezirkspersonalrat Osnabrück



Christiane Schenk-Tillmann Cäcilienschule Oldenburg christiane.schenk-tillmann @ewetel.net



Ernst Kellner Gymnasium Melle Ernst.Kellner@t-online.de



Julia Fischer-Kuhlmann Sabrina Heidrich **Neues Gymnasium** Wilhelmshaven frijfk@gmx.de



Gymnasium Ulricianum Aurich S.Heidrich@ googlemail.com

men, der zu Lasten der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler geht, hat zweifelsohne zu dem durchschlagenden Erfolg beigetragen. Bewertet man das Wahlergebnis auch schulpolitisch, dann kann man nur zu dem Schluss kommen, dass diejenigen politischen Kräfte, die das Gymnasium schrittweise aushöhlen, zurückdrängen und letztlich abschaffen wollen, nicht nur den harten Widerstand der Eltern, sondern auch den der dort tätigen Lehrkräfte zu spüren bekommen werden.

Wahlergebnis ist uns Verpflichtung

Das ausgezeichnete Ergebnis der Personalratswahlen ist für den Philolo-

genverband und seine Personalräte Anlass zum Dank für das große Vertrauen, das uns entgegengebracht wurde. Es ist aber auch eine Verpflichtung, uns weiterhin zielstrebig für die Rechte und Interessen der Lehrerinnen und Lehrer einzusetzen.

Die Arbeitszeit endlich zu verringern, die ausufernden und oft wenig effektiven Zusatzbelastungen im Rahmen der Eigenverantwortlichen Schule abzubauen sowie für besondere Aufgaben und Funktionen – Fachkonferenzleitung, Sammlungsleitung etc. – die erforderlichen Anrechnungsstunden endlich zur Verfügung zu stellen – dies sind nur einige unserer Forderungen,

denen wir mit dem Rückenwind des Wahlergebnisses jetzt neuen Nachdruck verleihen werden.

Personalräteschulung

Für neu gewählte Schulpersonalräte bietet der Philologenverband Niedersachsen in allen Regionen Schulungsveranstaltungen an.

Diese Grundschulungen werden von erfahrenen Mitgliedern der Schulbezirkspersonalräte durchgeführt. Sie stehen auch Nichtmitgliedern offen.

Termine und Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf unserer Homepage www.phvn.de

Heiligenstadts Oberstufenverordnung: Leistungsfeindlich und handwerklich mangelhaft

Seit ihrem Amtsantritt ist die Kultusministerin kontinuierlich bestrebt, sinnvolle und notwendige Leistungsanforderungen abzubauen und Anforderungen, deren Bewältigung Anstrengung verlangt, soweit als möglich zu minimieren. Die Liste an Beispielen dieser Art ist lang. Sie reicht von der Abschaffung der Schullaufbahnempfehlung, die signalisiert, dass die Leistungsfähigkeit für den Besuch des Gymnasiums keine Rolle mehr spielt, über die teilweise Ersetzung von Noten durch wenig aussagekräftige Lernentwicklungsberichte, die Kürzung bei den MINT-Fächern gegenüber dem alten G9 bis zur Versetzung von Schülern trotz dauerhaft ungenügender Leistungen. Nunmehr soll diese Politik mit dem 2. Entwurf zur neuen Oberstufenverordnung fortgesetzt werden.

Schon im Frühjahr 2015 – bei der Anhörung zum 1. Entwurf – hatte der Philologenverband heftige Kritik an zahlreichen geplanten Neuregelungen geübt und sie mit Entschiedenheit abgelehnt, da sie eine Verschlechterung der Bildungsqualität für unsere Schülerinnen und Schüler bedeuten. Die erforderlichen Korrekturen sind jedoch nicht erfolgt, wie der jetzt vorgelegte 2. Entwurf zeigt. Im Gegenteil: durch die mögliche Aufhebung der Verpflichtung zur zweiten Fremdsprache in der Einführungsphase und die Einführung eines Wahlpflichtbereichs sowie obskure Versetzungsbestimmungen, die man nur als Farce bezeichnen kann, werden die Leistungsanforderungen noch weiter abgesenkt – eine verhängnisvolle Entwicklung.

Zweite Fremdsprache in Klasse 11 nicht mehr verpflichtend

Druck in diese Richtung hatte – wie allenthalben zu lesen war – die GEW gemacht. So soll die Belegung einer zweiten Fremdsprache in Klasse 11 nicht mehr durchgängig verpflichtend sein. Die völlige Aufhebung dieser Verpflichtung wurde allerdings bisher durch den massiven Einsatz des Philologenverbandes und durch die Proteste der Fremdsprachenverbände verhindert. Nach dem neuen Entwurf soll jetzt der Schulvorstand beschließen können, dass diese Verpflichtung entfällt. Wer keine zweite Fremdsprache belegt, soll ersatzweise zwei ein- bzw. zweistündige (Neben-) Fächer aus einem Aufgabenfeld aus einem neu einzurichtenden Wahlpflichtbereich wählen, also z.B. Darstellendes Spiel und Kunst oder Erdkunde und Politik.

Zur Begründung heißt es, die Schüler sollten sich damit auf die von ihnen favorisierten Schwerpunktfächer in der Qualifikationsphase vorbereiten können – ein zweifelhafter Hinweis, der völlig an den Realitäten vorbeigeht. Denn einige der zu wählenden Wahlpflichtfächer können gar keine Schwerpunktfächer sein, andere wegen zu niedriger Anmeldezahlen oder fehlender Fachlehrer nicht erteilt werden, und Schwerpunktfächer wie Deutsch, Fremdsprachen und Mathematik dürfen

gar nicht angeboten werden. Zudem kommt es zu wenig sinnvollen Doppelungen, indem ein Schüler dieselben beiden Fächer sowohl im Pflicht- wie im Wahlpflichtbereich belegt.

Bei Lichte besehen löst sich die vom MK gegebene Begründung für den Wahlpflichtbereich in Nichts auf. In Wirklichkeit geht es nur darum, eine zweite Fremdsprache – die aus dem Sekundarbereich I fortgeführte oder eine neu beginnende 3. Fremdsprache – so weit wie möglich zurückzudrängen. Dass Sprachkompetenz und interkulturelle Kompetenz heute aber und in Zukunft wichtiger sind denn je zuvor, wird einfach ignoriert, ein weiteres Beispiel für eine irrationale Schulpolitik, wie sie der Philologenverband mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Versetzungsbestimmungen für die Einführungsphase: "Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode"

Ein besonders eklatantes Beispiel für den Abbau notwendiger Leistungsanforderungen ist die geplante Regelung für die Versetzung von der Einführungsphase in die zweijährige Qualifikationsphase. Im früheren G9 waren 12 Fächer versetzungsrelevant – weil es eben auch nur 12 Fächer gab. Nach der jetzt geplanten Bestimmung sollen von den nunmehr 13 Fächern – ggf. sogar 14 oder 15, wenn die zweite Fremdsprache durch zwei Nebenfächer ersetzt wird und musisch-künstlerische Fächer einstündig sind – ebenfalls nur 12 versetzungsbestimmend sein.

Jeder Schüler kann also von vornherein mindestens ein Fach folgenlos mit 00 Punkten abschließen. Bei 15 Fächern kann er sogar in dreien davon (außer den Hauptfächern) ohne Konsequenzen nur die Zeit absitzen – mit Leistung null. Das bedeutet konkret, dass ein Schüler mit ungenügenden Leistungen etwa in Biologie, Physik und Chemie automatisch in die Qualifikationsphase versetzt werden muss; er kann sich sogar noch zusätzlich in Mathematik nur 1 Punkt leisten, mit Ausgleichsregelung auf Beschluss der Klassenkonferenz sogar noch eine weitere mangelhafte Leistung - eine Farce. Da kann einem schon Shakespeare einfallen: "Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode."

Leichteres Abitur? 81 Prozent meinen: Ja

Am 14. März veröffentlichte die HAZ eine Umfrage unter 1466 Lesern. Auf die Frage: "Verflacht das Abitur in Niedersachsen?" antworteten 81 Prozent mit "Ja". Nur 13 Prozent waren gegenteiliger Meinung und 6 Prozent meinten, dass sich die Anforderungen der Zeit anpassen würden.

PhVN: Keine einstündigen Fächer in Klasse 11

Der Philologenverband fordert, in Klasse 11 kein Fach nur einstündig zu unterrichten, also Erdkunde sowie die zwei verpflichtenden Fächer aus Kunst, Musik, Darstellendes Spiel mit jeweils zwei Wochenstunden auszuweisen. Auch dem jetzt vom MK vorgegebenen "Kompromiss", den Schüler nur noch zu einem musisch-künstlerischen Fach zu verpflichten, das aber dann zweistündig unterrichtetet wird, stimmt der PhVN nicht zu, weil dadurch die Breite der Bildung der Schüler verlorengeht. Um Einstundenfächer zu vermeiden, fordert der PhVN, die Wochenstundenzahl in Klasse

11 wie im früheren G9 auf 32 Stunden zu erhöhen,

Anzahl der Klausuren ohne Konzept

Während im Sekundarbereich I die Zahl der schriftlichen Arbeiten von der Zahl der Unterrichtsstunden und Haupt- bzw. Nebenfächern abhängt, fehlt ein solches Konzept in der Oberstufe völlig. In der Einführungsphase sind für alle ganzjährig unterrichteten Fächer insgesamt drei Klausuren vorgesehen. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass es neben dreistündigen auch zweistündige und sogar einstündige Fächer gibt. Für all diese Fächer unterschiedslos drei Klausuren vorzuschreiben ist nicht sachgerecht. Der PhVN fordert hier eine Reduzierung für die nicht dreistündigen Fächer auf zwei Klausuren pro Schuljahr.

Ähnlich konzeptionslos geht es auch für die Qualifikationsphase zu. Bisher waren in den drei vierstündigen Prüfungsfächern auf erhöhtem Niveau im 3. Halbjahr der Qualifikationsphase zwei Klausuren vorgeschrieben. Jetzt soll bei erhöhten fünf Wochenstunden nur noch eine Klausur geschrieben werden. Auch die Klausuren im 4. und 5. Prüfungsfach sollen reduziert werden.

Die Begründung des MK, die Schüler sollten dadurch "entlastet" werden, überzeugt in keiner Weise. Vielmehr werden ihnen dadurch die Möglichkeit des Ausgleichs schwächerer Arbeiten und Übungsmöglichkeiten genommen. Vor allem aber ist das Schreiben eine zentrale Kompetenz, die für ein erfolgreiches Studium und für anspruchsvolle Berufe unerlässlich ist. Insbesondere vor dem Hintergrund massiver Hinweise von Universitäten und Betrieben auf vielfach mangelhafte Schreibkompetenz ist die Reduzierung schriftlicher Leistungskontrollen unverantwortlich und wird vom PhVN als sachlich nicht zu rechtfertigen abgelehnt.

Die Präsentationsprüfung: Nicht aussagekräftig und unsozial

An die Stelle der mündlichen Prüfung im 5. Prüfungsfach soll eine "Präsentationsprüfung" treten können. Hierbei kann der Prüfling sein Thema selbst vorschlagen. Er bearbeitet es dann zwei Wochen zu Hause und stellt es danach im Rahmen einer Präsentation vor, dem sich ein Prüfungsgespräch anschließt.

Es liegt auf der Hand, dass bei diesem Prüfungsformat weder die eigene Leistung zuverlässig ermittelt werden kann noch Chancengleichheit besteht. Massiver Fremdunterstützung – vorzugsweise in einem bildungsnahen Umfeld – bis hin zur kommerziellen Hilfe sind Tür und Tor geöffnet. Wer auf solche Ressourcen nicht zurückgreifen kann, ist gravierend benachteiligt. Somit ist eine solche Prüfungsform auch unsozial.

Probleme dürften auch für die begutachtende Lehrkraft entstehen: Sie muss innerhalb einer Woche – bei möglicherweise zahlreichen Präsentationsprüfungen – nicht nur alle Unterlagen durchsehen, das Ergebnis beurteilen und das Prüfungsgespräch vorbereiten, sondern auch pflichtgemäß prüfen, ob die Präsentation möglicherweise aus nicht angegebenen Ouellen stammt.

Die vollständige Stellungnahme des PhVN zu den Entwürfen der Oberstufenund Abiturprüfungsverordnung finden Sie auf www.phvn.de

Fachhochschulreife: Anforderungen werden deutlich gesenkt

Auch in den hier geplanten Bestimmungen wird deutlich, dass die Senkung von Leistungsanforderungen durchgängige Handlungsmaxime des Kultusministeriums ist. Im schulischen Teil der Fachhochschulreife wird die Zahl der möglichen Unterwertungen bei einzubringenden Kursen deutlich erhöht. Die damit verbundene Abwertung der Fachhochschulreife wird vom PhVN abgelehnt.

PhVN: Abbau der Bildungsqualität stoppen!

Insgesamt gesehen ist auch der 2. Entwurf der Oberstufenverordnung in vielen Punkten von der ideologischen Handschrift der "Erleichterungspädagogen" geprägt und zudem handwerklich misslungen. Ohne wesentliche Änderungen würde er zu einem weiteren Abbau der Bildungsqualität führen. Wenn die Ministerin diesen Verordnungsentwurf als "fundiert, modern und innovativ" lobt, möchte man fast an Orwells Newspeech denken. Es bleibt nur die Hoffnung, dass wenigstens die gröbsten Verstöße gegen Qualität und Sachlogik noch beseitigt werden.